



Juli 2009

Kommunal relevant

Die AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

„Wir haben die Kraft – gemeinsam für unser Land“

Viel Kommunales im Regierungsprogramm 2009-2013 von CDU und CSU

CDU und CSU bekennen sich zur kommunalen Selbstverwaltung als eine der tragenden Säulen unseres Gemeinwesens. Schließlich gewährleisten Städte, Gemeinden und Landkreise ihren Bürgern den Zugang zu allen Gütern und Leistungen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind.

Kommunalpolitische Aufgaben ergeben sich aus dem alltäglichen Miteinander. Deshalb will die Union, dass öffentliche Aufgaben so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern erfüllt werden. Christdemokraten setzen sich auf nationaler und auf europäischer Ebene für

dezentrale Strukturen ein. CDU und CSU wollen die Kommunen auf allen Ebenen in die Gestaltungsmöglichkeiten mit einbeziehen.

Die Sorge für die Finanzkraft der Kommunen ist für CDU und CSU ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Politik für Wachstum und Beschäftigung. Schließlich wirkt sich die finanzielle Leistungskraft der Kommunen auf den Alltag der Bürger unmittelbar aus. Für uns ist deshalb klar, dass wir krisenfeste und zukunftsfähige Kommunalfinanzen brauchen. Dafür treten CDU und CSU als die Kommunalpartei in Deutschland offen ein.

Unserer Forderungen für Städte, Gemeinden und Landkreise auf einen Blick:

- Kommunen auf allen Ebenen in Gestaltungsmöglichkeiten mit einbeziehen
- Kommunalfinanzen krisenfest und zukunftsfähig machen
- Perspektiven des ländlichen Raums verbessern
- Stadtentwicklung zukunftsfest gestalten
- Infrastruktur mit Investitionen in allen Regionen Deutschlands weiterentwickeln
- Engagement des Bundes für die Kinderbetreuung unter Dreijähriger fortsetzen
- Förderung des Ehrenamtes für das Gemeinwohl verstärken
- deutsches Drei-Säulen-Bankmodell erhalten



„Schuldentilgung, Investitionen in Innovation und steuerliche Entlastung“, die Bundeskanzlerin im Kreis der Oberbürgermeister der CDU. Das Bild zeigt den Gesprächskreis vom 20. Januar 2009 im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.

Kommunale Aspekte im Regierungsprogramm

Unsere Städte – weltoffen und lebenswert

- ⇒ Sozialer Zusammenhalt und Integration sind in besonderem Maße Herausforderungen für lebenswerte Städte. Architektur und Stadtplanung müssen sich diesen Zielen verpflichtet fühlen. Attraktiv macht unsere Städte ihr vielfältiges kulturelles Angebot
- ⇒ Wir wollen die Förderung des Bundes für kulturelle Leuchtturmprojekte in ganz Deutschland verlässlich fortsetzen. Der kulturelle Reichtum vieler Städte prägt Deutschland
- ⇒ Um ein attraktives Stadtumfeld und eine zuverlässige Infrastruktur zu sichern, wollen wir den Stadtbau als eine wichtige Herausforderung mit milieu- und zielgruppenorientierten Angeboten gestalten
- ⇒ Attraktive Städte müssen ihre Bedeutung als Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsstandorte stärken. Wir wollen Kooperationen über die Grenzen von Städten und Regionen hinweg weiter fördern
- ⇒ Wir stehen dafür, dass Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Deutschland einen hohen Stellenwert genießen. Neubau von Wohnungen ist auch in Zukunft dringend erforderlich
- ⇒ CDU und CSU wollen, dass mehr Menschen sich den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen können

Ländliche Räume stärken

- ⇒ Wir werden die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten und deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern
- ⇒ Wir werden dafür insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur einsetzen
- ⇒ Wir werden die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes aufstocken und mit Blick auf den Schutz der Bergregionen fortentwickeln

- ⇒ Die ländlichen Räume müssen mit gezieltem Regionalmanagement und Regionalmarketing ihr Profil schärfen. Das werden wir unterstützen
- ⇒ Wir werden für eine integrierte Entwicklung der ländlichen Räume Sorge tragen und den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur der ländlichen Räume fördern, besonders in den Bereichen Arbeitsplätze, medizinische Versorgung, Verkehr, Bildungsangebote und Kultur
- ⇒ Den Zugang ländlicher Räume zu den überörtlichen Verkehrsachsen werden wir durch leistungsfähige Anbindungen voranbringen
- ⇒ Wir werden die bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebiete mit Breitbandtechniken anschließen und deren Leistungsfähigkeit schnell ausbauen. Genauso wie Kommunalstraßen, Wasser- und Abwasserleitungen gehören heute auch Breitbandkabel zur Daseinsvorsorge und sind ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Durch unsere Breitbandoffensive wollen wir die Gemeinden bei ihren Konzepten zur Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen unterstützen. Die Förderung muss sich dabei zukünftig noch stärker an den Bedürfnissen vor Ort ausrichten und auch eigene Kabellösungen einschließen. In engem Dialog mit den Gemeinden werden wir daher die Förderprogramme weiterentwickeln

- ⇒ Der Sicherung einer wohnortnahen Versorgung vor allem in ländlichen Regionen werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen
- ⇒ Wir wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft in den Gesundheitsberufen stärken und attraktive Bedingungen auch in ländlichen Regionen sichern

Daseinsvorsorge

- ⇒ Die Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Trinkwasser sowie die Entsorgung des Abwassers sind Aufgaben der Daseinsvorsorge und liegen in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden

- ⇒ Städte und Gemeinden entscheiden darüber, wie sie im Miteinander mit privaten Unternehmen die Aufgabenerfüllung gestalten
- ⇒ Deutschland muss hier Liberalisierungstendenzen der EU einen Riegel vorschieben. Wir stehen ein für den Erhalt der kommunalen Verantwortung bei Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung
- ⇒ Wir wollen den Öffentlichen Personenverkehr als Bestandteil der Daseinsvorsorge stärken
- ⇒ Attraktive Städte müssen ihre Bedeutung als Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsstandorte stärken. Wir wollen Kooperationen über die Grenzen von Städten und Regionen hinweg weiter fördern

Infrastruktur

- ⇒ Wir werden dafür sorgen, dass das hohe Niveau unserer Infrastruktur erhalten bleibt und keine Investitionslücken entstehen
- ⇒ Zur Gestaltung des demografischen Wandels setzen wir uns für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur (interkommunale Zusammenarbeit) ein. Insbesondere wollen wir eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen
- ⇒ Wir wollen die erfolgreichen KfW-Programme zu energetischen Gebäudesanierung weiterführen und flexibler gestalten

Mobilität

- ⇒ Mobilität muss bezahlbar bleiben. Dies gilt für den Individualverkehr, für den Öffentlichen Personenverkehr und für den Wirtschaftsverkehr
- ⇒ Wir werden den Bundesverkehrswegeplan bedarfsgerecht weiterentwickeln
- ⇒ Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die Straße bis 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden

Energieversorgung

- ⇒ Wir wollen die dezentrale Energieversorgung stärken, etwa durch Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, um Stromproduktion und Stromverbrauch nahe zueinander zu bringen
- ⇒ Das bewährte Erneuerbare-Energien-Gesetz werden wir weiterentwickeln und an dem Ziel einer wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Energieversorgung ausrichten

Arbeitsmarkt

- ⇒ Wir halten an dem Prinzip fest, dass die Betreuung von Menschen, die langzeitarbeitslos sind, in enger Kooperation zwischen den Kommunen und der BA erfolgt
- ⇒ Die Leistungen sollen dabei aus einer Hand erfolgen
- ⇒ Dazu werden wir Organisationsstrukturen schaffen, die effizient und ideologiefrei die organisatorische Kompetenz der BA und die gerade bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtigen örtlichen Kenntnis der Kommunen verbinden
- ⇒ Dazu zählt auch unser Bekenntnis zu Optionskommunen

Ausbau der Kinderbetreuung

- ⇒ Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen
- ⇒ Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreuungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld ist unbürokratisch auszugestalten
- ⇒ Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass Erzieherinnen und Erzieher, Tagesmütter und -väter dem gerecht werden. Wir wollen die Qualität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte, in der pädagogischen Konzeption und auch in der Zusammenarbeit mit den Eltern fördern. Unser Ziel ist es, diese Inhalte für Fachkräfte in der Kinderbetreuung gemeinsam mit Ländern und Kommunen praktisch und alltagstauglich zu machen. Wir wollen zwischen Bund, Ländern und den Tarifpartnern konkrete Schritte verabreden, um gut qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen und zu halten

Solidarität vor Ort

- ⇒ Wir werden die Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit fortsetzen. Die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell
- ⇒ Wir geben keinen jungen Menschen verloren, nur weil er in der Schule oder Berufsausbildung schlecht gestartet ist. Wir setzen mit einer Initiative JUGEND STÄRKEN auf flexible Netzwerke, Allianzen und eine Bündelung von Ressourcen. Kreative Lösungen gelingen nur durch die intelligente

Zusammenarbeit von bestehenden Einrichtungen, Diensten und Angeboten vor Ort, insbesondere durch die Kooperation mit Trägern der Jugendsozialarbeit sowie durch Selbsthilfe der Betroffenen

- ⇒ Wir wollen im Immissionsschutz- und Bauplanungsrecht gesetzlich klarstellen: „Kinderlärm“ darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein
- ⇒ Wir werden dazu beitragen, Angebote der Familienbildung und der Erziehungs- und Familienberatung weiterzuentwickeln, besser zu vernetzen und breiter bekannt zu machen
- ⇒ Wir wollen in Fällen von Misshandlung oder Verwahrlosung für die betroffenen Kinder ein wirksames Netz früher Hilfen knüpfen. Gleichzeitig wollen wir die Kooperation zwischen Gesundheitswesen mit Geburtshilfe, Kinderärzten, Hebammen über die Kinder und Jugendhilfe bis zu den Kindergärten, Schulen, der Polizei und der Justiz darauf ausrichten
- ⇒ Wir wollen die Bedingungen für den Kinderzuschlag weiter verbessern. Es darf nicht sein, dass erwerbstätige Eltern auf die Grundsicherung angewiesen sind, nur weil sie Kinder haben
- ⇒ Wir wollen neue Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen ausbauen und fördern
- ⇒ Wir werden die Gefahr der Altersarmut eindämmen und uns dafür stark machen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhalten. Diese werden wir bedarfsabhängig ausgestalten und aus Steuermitteln finanzieren
- ⇒ CDU und CSU wollen die sogenannten „Gemeinsamen Servicestellen“ so stärken, dass sie die im Gesetz vorgesehene qualifizierte, unabhängige Beratung und Koordination tatsächlich leisten. Damit erreichen wir, dass Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen das auch mit Eingliederungszuschüssen und durch Berufsbildungswerke und Berufsförderwerke fair unterstützen
- ⇒ Wir wollen die lokale Kooperation von Alzheimergesellschaften ausbauen, um die Enttabuisierung des Themas Demenz zu erreichen und damit die betroffenen Familien in die Mitte der Gesellschaft zu holen

Vorfahrt für Integration

- ⇒ Die von uns durchgesetzte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung hat einen Konsens über Integration in Deutschland möglich gemacht. Der „Nationale Integrationsplan“ hat Schluss gemacht mit der als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber entstehenden Parallelgesellschaften
- ⇒ Die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen. Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können
- ⇒ Wir wollen die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Wir stehen zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Unser Ziel ist, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Migrantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen
- ⇒ Wir werben dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Mit CDU und CSU wird es keine Aufweichung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachanforderungen geben

Sicherheit vor Ort

- ⇒ CDU und CSU sorgen bestmöglich für Sicherheit im Alltag und für Sicherheit vor Ort. Bagatellisierung von Kriminalität ist der falsche Weg
- ⇒ Wir wollen, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können
- ⇒ In allen öffentlichen Räumen muss durch präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung, den verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten und präventives Sozialmanagement Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie Gewalt vorgebeugt werden. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben

- ⇒ Wer in Deutschland lebt, muss sich auch an unsere Regeln halten. Zur Abwehr der Gefahren durch kriminelle Ausländer und durch Terrorismusverdächtige wollen wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen

Kultur vor Ort

- ⇒ Wir haben die Ausgaben des Bundes für die Kultur in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Dazu stehen wir auch in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft
- ⇒ Wir setzen uns dafür ein, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen. Unser kulturelles Erbe ist ein Schatz, den wir hüten und weitertragen wollen

Bürgergesellschaft aktivieren

- ⇒ Wir wollen eine neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der „aktiven Bürgergesellschaft“. Wir wollen Eigeninitiative und Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppen stärken und so eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen
- ⇒ Der hohe Anteil der ehrenamtlichen Kräfte bei Feuerwehr, Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk stellt ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlicher Mitwirkung dar. Er sichert ein flexibles System effizienter Gefahrenabwehr und Hilfeleistung, das zudem für den Bürger außerordentlich günstig ist
- ⇒ Wir wollen daher alles dafür tun, diese Dienste attraktiv zu gestalten und die Angehörigen dieser Dienste dauerhaft zu unterstützen. Wir treten deshalb dafür ein, die Investition in Ausstattung, Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Rettungsdienste deutlich auszubauen
- ⇒ Wir wollen die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element der Ehrenamtskultur weiterentwickeln
- ⇒ Dienstleistungen zur organisatorischen Unterstützung von Jugendfreiwilligendiensten, die für einzelne Vereine in deren Dachverbänden erbracht werden, sind bisher umsatzsteuerpflichtig. Das werden wir ändern und Ungleichbehandlungen der Sportvereine im Kinder- und Jugendhilferecht beseitigen

- ⇒ Für ehrenamtlich geführte Vereine mit gelegentlichem Schankbetrieb sollen Form- und Meldevorschriften im Steuerrecht vereinfacht werden
- ⇒ Die Sportstättenförderung des Bundes werden wir fortsetzen. Wir werden das Immissionsschutzrecht nach dem Grundsatz umgestalten, dass für Sportplätze und ähnliche Gemeinschaftseinrichtungen keine strengeren Grenzwerte als für Straßen gelten sollen

Starke Land- und Forstwirtschaft

- ⇒ Die Milchwirtschaft prägt die Heimat in weiten Regionen Deutschlands. Wir werden die Milchbauern nicht ungeschützt und unvorbereitet dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, sondern die Milchviehbetriebe gezielt unterstützen, auch durch die Mittel des durch Deutschland in Brüssel erwirkten Milchfonds
- ⇒ Für uns stehen dabei die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionsförderung und die Sicherung der Milcherzeugung in naturräumlich benachteiligten Regionen, in Grünland-, Berg- und Mittelgebirgsregionen mit der Ausgleichzulage und tierhaltungsbezogenen Grünland- und Weideprämien im Vordergrund
- ⇒ Wir setzen bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik auf das europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirtschaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften

Umweltschutz vor Ort

- ⇒ Wir werden uns für den Schutz besonders sensibler Naturräume, wie des Wattenmeeres und der Alpen, sowie den Waldumbau hin zu klimaresistenteren Wäldern und für die Stärkung des Hochwasserschutzes einsetzen. Wir wollen verstärkt in ausreichende Wasserrückhalteräume, in die Sicherung der Wasserressourcen und in die stärkere Vernetzung der Wasserversorgungen investieren
- ⇒ Wir wollen eine innovative und flexible Naturschutzpolitik. Instrumente und Maßnahmen müssen den jeweiligen lokalen und regionalen natürlichen Gegebenheiten sowie den ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen angepasst werden. Kooperation mit den Betroffenen vor Ort ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Naturschutzpolitik

- ⇒ Stärker als jemals zuvor müssen wir den Schutz der Wälder regional, national und international intensivieren. Im Rahmen einer nationalen Strategie fordern wir ein mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern und Landnutzern eng abgestimmtes Bundesprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt
- ⇒ Wir setzen uns für einen vernünftigen Bodenschutz ein. Die Wiederverwendung bereits genutzter Flächen muss Vorrang vor Flächenneuverbrauch haben. Hierzu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden wie etwa durch die Setzung von Anreizen für interkommunale, regionale Abstimmung bei Gewerbeansiedlungen. Eine EU-Richtlinie zum Bodenschutz lehnen wir ab
- ⇒ Wir wollen die Qualität der deutschen Gewässer weiter verbessern
- ⇒ Wir fordern, dass die geltenden Lärmsanierungswerte abgesenkt werden. Wir sprechen uns für die Fortführung der Bundesmittel für Lärmsanierung über das Konjunkturprogramm hinaus aus. Wir wollen die Lärmbekämpfung durch verstärkte Verbauung von lärmarmem Asphalt, durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung und durch Lärmschutzwände und -wälle entlang von Straßen und Schienenstrecken voranbringen
- ⇒ Mit Augenmaß wollen wir uns vor allem für eine Senkung der Feinstaub- und Stickoxidemissionen einsetzen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Er trägt zur Senkung der Feinstaubemissionen bei und sichert die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität unserer Städte

Verwaltung

- ⇒ Deutschlands leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist dank seiner engagierten, am Gemeinwohl orientierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein wichtiger Standortvorteil
- ⇒ Wir stehen zum Berufsbeamtentum

- ⇒ Wir wollen die Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst und das Beamtenrecht im Gleichklang weiterentwickeln

Verbraucherschutz vor Ort

- ⇒ Sichere Lebensmittel haben für uns Priorität. Wir wollen die Lebensmittelsicherheit verbessern, ohne den bürokratischen Aufwand zu steigern
- ⇒ Wir setzen auf den Ausbau privatwirtschaftlich organisierter Qualitätssicherungssysteme und ihre Verzahnung mit der staatlichen Lebensmittelkontrolle. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen weiter intensivieren und ein Frühwarnsystem einrichten

Deutschlands Einheit vollenden

- ⇒ Wir stehen zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidarpakt II und werden ihn erfüllen.
- ⇒ Wir werden die Investitionszulage bis 2013 verlängern und die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortführen.

Starkes Europa – Sichere Zukunft

- ⇒ Die EU muss die Identität der Nationen mit ihren Regionen und Kommunen achten
- ⇒ Wir verlangen, dass gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben so nah wie möglich bei den Menschen erledigt werden. Brüssel darf sich nicht einmischen, wenn Aufgaben auf bundes-, landes- oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden können
- ⇒ Wir wollen im EU-Binnenmarkt Wettbewerb und Verbraucherschutz garantieren und überflüssige Bürokratie beseitigen. Es bleibt eine ständige Aufgabe in der EU, Bürokratie zu vermeiden. Dazu fordern wir einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB, Hartmut Koschyk MdB CDU/CSU-Bundestagsfraktion 11011 Berlin info@cducsu.de www.cducsu.de
V.i.S.d.P.:	Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik Peter Götz MdB
Redaktion:	Dr. Harald Bauer Telefon (030) 227 52962